



Carlos „Grury“ Santos/Unsplash

MEERESRAUMPLANUNG IN NORD- UND OSTSEE

„Wir haben kein Regulierungsdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit“

Nicht nur an Land wird in Deutschland geplant – auch an den Küsten und im Meer treffen viele Nutzungsinteressen aufeinander, die koordiniert und geplant werden wollen. Oft kommt bei Raumordnungsplänen der Naturschutz – in diesem Fall Meeresschutz – zu kurz, denn die Nutzungs- und vor allem die Profitinteressen sind vielfältig und komplex. Naturschutz wirft kein Geld ab – und Lebewesen unter Wasser haben, im Gegensatz zur starken Lobby von Schifffahrt und Fischerei, keine Möglichkeit ihre eigenen Interessen vorzubringen. 2008 wurde auf Ebene der Europäischen Union (EU) die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) vereinbart, deren Ziel es ist, bis Ende 2020 einen „guten Umweltzustand“ der Meere zu erreichen. Verbände wie der BUND setzen sich für ein intaktes Meeresökosystem ein. Nadja Ziebarth vom BUND-Meeresschutzbüro verfolgt seit 2009 die Politik zu Meeresschutz und Meeresraumplanung. Wir haben mit ihr über den Zustand der Meere und die Nutzungsinteressen vor der deutschen Küste gesprochen.

Frau Ziebarth, was sind aus Perspektive des BUND die großen Probleme vor Deutschlands Küsten?

Nadja Ziebarth: Die Probleme sind vielfältig. In der Ostsee zeigt sich z. B. die zunehmende Eutrophierung durch große Algenblüten. Die Ökosysteme beider Meere leiden außerdem unter der Überfischung, dem dabei entstehenden Beifang und der Habitatzerstörung, z. B. durch bodenberührende Fanggeräte. Weitere Bedrohungen entstehen durch den Schadstoffeintrag, v. a. von Land, und den kumulativen Effekt verschiedener Lärmquellen aus Schifffahrt und Windenergie. Dieser kann zu einer Meidung des Gebiets durch Meeressäuger führen. Die Offshore-Windenergie ist natürlich ein Thema, bei dem sowohl Naturschutz- als auch Klimaschutzaspekte berücksichtigt werden müssen. Hier geht es nicht nur um Windräder, sondern auch um Stromtrassen, die beispielsweise durch den Nationalpark Wattenmeer, ein hochsensibles und von der UNESCO als Weltnaturerbe deklariertes Gebiet, führen. In all diesen Bereichen soll die MSRL etwas bewirken. Momentan müssen wir aber feststellen, dass die Meere in keinem guten Zustand sind.

Wie können wir uns die Arbeit für Meeresschutz vorstellen? Ist sie ähnlich wie der Naturschutz an Land?

Nadja Ziebarth: Nein, wir haben da sehr unterschiedliche rechtliche Strukturen. Die ersten 12 Seemeilen vor der Küste werden von den Bundesländern verwaltet, darüber hinaus, bis zu 200 Seemeilen, ist die Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ), die unter Bundesverwaltung steht. Für den Meeresboden ist das Bergamt zuständig, in der Wassersäule ist dann für die Genehmigung von Nutzung wiederum das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) zuständig. Bezogen auf die Schifffahrt reguliert die Internationale Maritime Organisation, hier gilt gemäß dem UN-Seerechtsübereinkommen „Freie Durchfahrt allen Schiffen“. Dann haben wir noch die EU-Politik, mit ihren vielen Politikfeldern, die die Meere betreffen – es ist also tatsächlich sehr viel komplexer als am Land. Aber das macht es auch so spannend.

Im Prinzip gibt es ja sowohl international als auch auf europäischer und nationaler Ebene die notwendigen Abkommen und Verordnungen zum Meeresschutz – wer oder was steht ihrer erfolgreichen Umsetzung im Wege?

Nadja Ziebarth: Ich finde es eigentlich ganz interessant zu sehen, dass aktuell durch den Corona-Virus plötzlich alle notwendigen Entscheidungen und Einschränkungen getroffen werden können. Da können tausende, Millionen Leute auf die Straße gehen und sagen „Wir wollen eine Klimawende, eine Energiewende, Klimaschutz!“, und es gibt viele warme Worte, Treffen, Konferenzen, Interviews, aber es passiert nicht genug. Und jetzt sieht man: Notwendige Entscheidungen werden getroffen. Und das braucht es auch für den Meeresschutz.

Beispiel Fischerei: wir können so viel zertifizieren, wie wir wollen. Am Ende ist die Menge Fisch, die

wir fangen dürfen, um die Meere nicht auszurauben und das Ökosystem zu schützen, begrenzt. Aber wie auch im Agrarbereich ist die Fischereilobby sehr stark. Genauso im Schifffahrtsbereich. Das Fatale ist, dass die entsprechenden Ministerien für Landwirtschaft und Verkehr alle guten Ansätze, ob für die Umsetzung der MSRL oder andere Ansätze, blockieren. Zum Beispiel hat die Bundesregierung zwar schon lange Meeresschutzgebiete ausgewiesen, aber die existieren de facto nur auf Papier. Es gibt noch kein Management der Nutzungen in diesen Gebieten. Die EU hängt Deutschland da schon mit einem Vertragsverletzungsverfahren im Nacken.

Die ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) wird auf Grundlage des Raumordnungsgesetzes geplant – inwiefern liegt hier eine mögliche Chance für das Nutzungsmanagement?

Nadja Ziebarth: Der Prozess zur Revision der marinen Raumordnung (MRO) läuft zyklisch alle sechs Jahre, die Federführung hat dabei das BSH. Seit Herbst letzten Jahres wurden verschiedene Workshops mit den verschiedenen Interessensgruppen, z. B. zu Naturschutz, Energie und Fischerei veranstaltet. Dieses Beteiligungsformat hat das BSH angestoßen, was wir sehr begrüßen. Aus den Ergebnissen der Workshops wird dann ein Plan erarbeitet, der im Anschluss in die Öffentlichkeitsbeteiligung geht, im Rahmen dessen die Umweltverbände eine Stellungnahme einreichen können. Anschließend folgen die Abstimmung in den Ressorts, die Veröffentlichung und die Umsetzung.

Gleichzeitig geht gerade das Maßnahmenpaket der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) in die zweite Runde, was vom Timing her ganz gut ist, denn es macht natürlich Sinn, dass dieses auch in die Raumplanung mit einfließt.

Nadja Ziebarth: Mit der MSRL hat die EU 2008 ein Gesetz geschaffen, um Schutz und Nutzung der europäischen Meere in Einklang zu bringen. Im Zeitplan der MSRL sollten die Mitgliedsstaaten bis 2012 eine Anfangsbewertung zur Erfassung des aktuellen Umweltzustands der Meeresgewässer erstellen sowie den guten Umweltzustand beschreiben und Ziele festlegen. Als Kernstück des ersten 6-Jahres-Zyklus mussten bis Ende 2015 Maßnahmenprogramme erstellt werden, die die Erreichung oder Aufrechterhaltung des guten Umweltzustands der Meeresgewässer sicherstellen. Der Maßnahmenkatalog, den die Bundesregierung gemeinsam mit den Landesregierungen der fünf Küstenbundesländer erstellt hat, war jedoch eine herbe Enttäuschung. Insgesamt konnten sich die zuständigen Stellen nur auf sehr wenige verbindliche Regulierungen einigen; die meisten Maßnahmen blieben vage.

In den Zustandsberichten des 2018 begonnenen zweiten Zyklus wurde bestätigt, was schon 2012 festgestellt wurde: Die deutsche Nord- und Ostsee sind in keinem guten Umweltzustand. Der Meeresraum vor den deutschen Küsten ist ein hoch genutzter Raum. Es gibt viele sich überlagernde Nutzungsinteressen



Beispiel Fischerei: wir können so viel zertifizieren, wie wir wollen. Am Ende ist die Menge Fisch, die wir fangen dürfen, um die Meere nicht auszurauben und das Ökosystem zu schützen, begrenzt. Aber wie auch im Agrarbereich ist die Fischereilobby sehr stark.

und es stellt sich die Frage: Lässt sich die derzeitige Form der Nutzung überhaupt nachhaltig und ökologisch vertretbar gestalten? Ich glaube: nein. Die einzelnen Belastungen summieren sich zu einer großen Bedrohung, während der Schutz weiterhin auf der Strecke bleibt. Und das, obwohl die EU und ihre Mitgliedsstaaten genügend Instrumente für einen effektiven Schutz an der Hand haben.

Die Meeresraumplanung bietet ein Instrument, das die vielen verschiedenen Nutzungsinteressen berücksichtigen kann, wie z. B. den Wunsch der freien Durchfahrt für Schiffe auf der einen und den Naturschutz auf der anderen Seite. Da bei so einem Verfahren natürlich auch noch die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen eine Rolle spielen, ist das eine große Herausforderung. Also grundsätzlich sehe ich den Ansatz der Raumordnungsplanung sehr positiv, aber sie muss einem ökosystembasierten Ansatz folgen. Die BUND-Position dazu ist ganz klar: 50 Prozent der Schutzgebietsfläche müsste Nullnutzungszone sein und die restlichen 50 Prozent müssten als Pufferzone fungieren, d. h. zum Beispiel das hier ausschließlich nachhaltige Fischerei stattfinden darf.

Gibt es AkteurInnen, die Ihrer Ansicht nach von der Ausbeutung der Meere profitieren?

Nadja Ziebarth: Ja, klar. Es profitieren all jene, die ein Interesse haben, eine Pipeline durch die Ostsee zu legen, Kies, Sand oder Gas und Öl entnehmen, aber auch die Fischerei. Weiterhin profitiert die Schifffahrt sowie die ProjektträgerInnen, die einen Tunnel als Fehmarnbelt-Querung durch ein Schutzgebiet bauen

wollen. Alle diese NutzerInnen profitieren von den Meeren.

Was erwartet der BUND hinsichtlich der Umsetzung der MSRL bis Ende des Jahres?

Nadja Ziebarth: Auch wenn wir in manchen Bereichen auf einem guten Weg sind, ist es eine Tatsache, dass das Ziel klar verfehlt wird. Es braucht einen „Push“ der Umsetzung. Die Idee der MSRL ist gut – das Problem ist nicht, dass wir ein Ideen- und Regulierungsdefizit haben, sondern ein Umsetzungsdefizit. Und da sind wir natürlich als Umweltschutzverband begrenzt in unseren Möglichkeiten. Wir reichen unsere Stellungnahmen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung ein und zeigen immer wieder die Defizite auf. Aber die Umsetzung muss natürlich von Bundesregierung und Bundesländern erfolgen, sowie entsprechend auch auf EU-Ebene unterstützt werden. Ich erwarte deshalb von der Bundesregierung und von den Ländern, dass sie eine klare Analyse für sich machen, warum sie das Ziel „den guten Umweltzustand bis 2020“ nicht erreicht haben und sich ein neues Ziel mit einem festen Zeithorizont setzen und aber auch Zwischenziele auf dem Weg dorthin definieren. Als BUND arbeiten wir international in unseren Netzwerken ‚Seas at Risk‘ und ‚Coalition Clean Baltic‘ an diesem Ziel. Nur gemeinsam können die Ziele für den Meeresnaturschutz erreicht werden.

Das Interview führte Elisabeth Platzer, Praktikantin beim Forum Umwelt und Entwicklung.

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung

1/2020



VERMARKTETE MEERE

WER VERDIENT AN DER ZERSTÖRUNG DER OZEANE?

FOLLOW THE PLASTIC MONEY!

Wer profitiert von der
Verschmutzung der Meere?
› Seite 2

ZERSTÖRERISCHE FISCHEREI

Warum schaffen wir es nicht,
die Überfischung zu beenden?
› Seite 12

EIN TECHNOFIX FÜR DAS KLIMA?

Die Interessen hinter dem
Geoengineering im Meer
› Seite 23

SEEMANN, LASS DAS TRÄUMEN!

Das Meer als Arbeitsplatz
› Seite 26

ISSN 1864-0982